



PRESSEMITTEILUNG

Flüchtlinge brauchen Solidarität

Offener Brief zur Unterstützung Asylsuchender in Greiz

Aufruf zur Solidaritätskundgebung am 20.9.2013 um 18 Uhr vor dem neuen Flüchtlingslager in Greiz

Mit einem offenen Brief hat sich der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. am Mittwoch an die Landrätin in Greiz, die Kreistagsfraktionen, den Greizer Stadtrat, das Superintendenturbüro sowie Vertreter der Ordnungsbehörden und das Innenministerium gewandt und Unterstützung für die im Landkreis lebenden Flüchtlinge eingefordert. Hintergrund sind Kundgebungen gegen ein neu eingerichtetes Flüchtlingslager im Stadtteil Pohlitz sowie gezielte rassistische Propaganda durch die rechtsextreme NPD.

Gerade nach den Vorkommnissen in Berlin-Hellersdorf ist es mehr als unbedacht, wenn die Landrätin ein neues Flüchtlingslager eröffnet, ohne vorher die Bevölkerung zu informieren. Im Vorfeld wäre es notwendig gewesen, vermittelnd den Dialog zu suchen, etwa bestehende Ängste und Befürchtungen auszuräumen und möglichen Vorurteilen und rassistischen Ressentiments in der Bevölkerung zu begegnen.

So aber wurde der rassistischen Hetze unter anderem in der NPD organisierter Nazis erst ein Podium geschaffen. Nun gilt es, dass die politisch Verantwortlichen sowie die VertreterInnen von Ordnungsbehörde und Polizei offensiv und demonstrativ jeglichen Aktionen entgegenzutreten, die sich gegen Flüchtlinge im Landkreis Greiz richten. Es muss der Schutz der Flüchtlinge im Vordergrund stehen.

Rassistinnen und Rassisten ist darüber hinaus durch den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen - etwa durch eine humanitäre Flüchtlingspolitik, durch die dezentrale Unterbringung in Wohnungen, durch die Abschaffung der diskriminierenden Gutscheinpraxis - aber auch durch die offensive Unterstützung lokaler Bündnisse und Initiativen in ihrer Anti-Rassismus-Arbeit, eine klare Absage zu erteilen.

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ruft die Greizerinnen und Greizer dazu auf, den in Greiz lebenden Flüchtlingen ihre Solidarität zu zeigen und sich gegenüber der Politik für eine humanitäre Flüchtlingspolitik im Landkreis einzusetzen.

Hinweis: am Freitag, den 20.9.2013 findet um 18 Uhr in der Theodor-Storm-Straße 1 eine Solidaritätskundgebung mit den Flüchtlingen zur parallel geplanten AnwohnerInnen-Protest-Versammlung statt.

Für Rückfragen: Ellen Könniker, Tel. 0361-2172720